

HERIBERT SPÄTH

Aufbau der Wirtschaft – Die Rolle des Handwerks

Handwerkspolitik ist seit der Wiedervereinigung in erster Linie Politik zum Wiederaufbau eines starken Handwerks in den neuen Bundesländern, Politik zur Überwindung der immer noch bestehenden Hemmnisse beim Aufbau eines dieses leistungsfähigen Handwerks und letzten Endes Politik zur Sicherung mittelstandsfreundlicher Rahmenbedingungen im größer gewordenen Deutschland wie im künftigen gemeinsamen europäischen Haus.

Handwerk in Deutschland bedeutet heute rd. 725 000 Betriebe des Handwerks und des handwerksähnlichen Gewerbes mit über 4,6 Millionen Beschäftigten und fast 519 000 Lehrlingen. Die Wirtschaftsgruppe Handwerk steht für ein Bruttosozialprodukt von gut 570 Mrd. DM. Das Handwerk investiert jährlich 19 Mrd. DM. Und es könnte noch mehr sein, wenn nicht Facharbeiter- und Nachwuchsmangel das handwerkliche Wachstum in den alten Bundesländern beeinträchtigen würden. Rund 400 000 Stellen für Fach- und Hilfskräfte – zu 80% für Fachkräfte – stehen offen und 230 000 Lehrstellen könnten besetzt werden, wenn es den Nachwuchs dafür gäbe.

In der großen Familie des deutschen Handwerks sind heute immerhin schon fast 130 000 Handwerksbetriebe in den neuen Bundesländern mit rd. 530 000 Beschäftigten vereint. Handwerk in den neuen Bundesländern ist heute schon 50% mehr, als dies z.Zt. der Wende, des Niederreißens der Mauer der Fall war. Damals wurden noch ganze 82 000 Privatbetriebe und 2 700 Produktionsgenossenschaften gezählt.

Und es geht weiter aufwärts:

Die Tatsache, daß mehr als 20 000 Handwerker derzeit Meistervorbereitungskurse besuchen, deutet darauf hin, daß die gegenwärtige Welle von Existenzgründungen weiter anhält.

Die Ergebnisse einer Umfrage in 2 000 Betrieben im Sommer dieses Jahres wiesen in nicht weniger als 17,5% der Handwerksbetriebe offene Stellen aus. Da insbesondere in den Bau- und Ausbauberufen, wo die Quote allein schon bei nahezu 30% lag, die Betriebe nicht nur eine Fachkraft, sondern in der Regel mehrere Fachkräfte einzustellen bereit sind, ist die Zahl 30 000 bis 40 000 eher zu gering als zu hoch gegriffen.

Für die 125 Berufe des Handwerks und 40 Berufe des handwerksähnlichen Gewerbes muß aber stark differenziert werden. Der wirtschaftliche Umstrukturierungsprozeß im Osten Deutschlands hinterläßt auch im Handwerk deutliche Spuren. Die Gründe für den Mangel an Fachkräften sind vor allem die rücksichtslose Reduzierung des Handwerks in 40 Jahren Kommandowirtschaft und die damit verbundene völlig unzurei-

chende Aus- und Weiterbildung von Handwerkern. Dies wirkt sich jetzt, da die Konjunktur im Osten Deutschland anzuziehen beginnt, ebenso negativ aus wie die immer noch anhaltende Abwanderung von Fachkräften in den Westen, die durch „rückkehrwillige Fachkräfte“ nicht kompensiert werden kann. Und sicherlich hinterläßt auch die in den ehemaligen Grenzgebieten besonders intensive Pendlerbewegung von Ost nach West im Fachkräftebereich ihre Spuren.

Auch die Apathie, die in jahrelanger verdeckter Arbeitslosigkeit gewachsen ist, und der Attentismus, den eine viel zu lange Praktizierung von Null-Kurzarbeit mit 90prozentiger Lohngarantie bei eigentlich Arbeitslosen bewirkt hat, wirkt sich zu Lasten insbesondere auch für Arbeitskräfte suchende Handwerksbetriebe aus.

Dennoch zieht im Handwerk der Aufschwung Ost.

Das zeigt sich am deutlichsten auf dem Lehrstellenmarkt.

Die 14 Handwerkskammern in den neuen Bundesländern sind einhellig der Meinung, daß jeder Schulabgänger, der eine Lehrstelle im Handwerk wünscht, auch einen Ausbildungsplatz erhalten wird. Die „grenznahen“ Handwerkskammern beklagen bereits einen Lehrlingsmangel, da durch die Abwanderung nach Westdeutschland viele Lehrstellen nicht mehr besetzt werden können.

Das 5000,- DM-Programm der Bundesregierung hat zu dieser positiven Entwicklung sicherlich ebenso beigetragen wie diverse Länderprogramme. Entscheidend für die verstärkte Ausbildungsbereitschaft aber ist, daß sich die Verantwortung der Handwerksmeister für den eigenen Berufsnachwuchs positiv entwickelt und vor allem die neu gegründeten Betriebe Lehrlinge ausbilden wollen.

Das Handwerk geht jedenfalls davon aus, daß seine Pläne, in diesem Jahr 20000 bis 30000 weitere Lehrstellen besetzen zu können, Realität werden.

Genau darauf kommt es an. Die für den Wiederaufbau in den verfallenden Städten und Gemeinden erforderlichen Leistungen können nur erbracht werden, wenn die Betriebe im Osten Deutschlands über qualifizierte Fachkräfte verfügen. Diese Fachkräfte müssen jetzt, an Ort und Stelle, und vor allem „über Bedarf“ ausgebildet werden, sonst wird im deutschen Osten ein noch schärferer Fachkräfte- und Nachwuchsmangel jetzt schon programmiert, als er im Westen vorhanden ist und sich im Osten bereits deutlich abzeichnet.

Als Fazit bleibt die Feststellung: Es geht aufwärts im Handwerk in den neuen Bundesländern. Das aber sollte alle am Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost mitarbeitenden Kräfte in Politik und Wirtschaft veranlassen, ihre Anstrengungen noch zu verstärken. Die in den Osten Deutschlands fließenden Milliarden allein können den Aufschwung nicht beschleunigen. Allerdings reichen sie – entgegen anderen Behauptungen – aus für das, was überhaupt geleistet werden kann. Notwendig ist jedoch ein noch rigoroseres Abräumen der bestehenden Investitionshürden, die vor allem aufgrund der unklaren Eigentumsverhältnisse, der fehlenden Gewerbeflächen und der noch zu langsamen und leider oftmals auch noch viel zu inkompetenten Verwaltung im Wege stehen. Privatisierung vor Sanierung, Entschädigung vor Rückerstattung, Stärkung der Verwaltungen – vor allem auch durch weitere personelle „Transfusionen“ aus den alten Bundesländern – müssen verstärkt praktiziert werden.

Ein zentrales Problem des Handwerks ist die nach wie vor ungeklärte Eigentumsfrage.

Die Handwerkskammer Chemnitz hat die folgende Rechnung aufgemacht – die uneingeschränkt auch auf andere Städte und Kreise in den neuen Ländern übertragen werden kann:

450 Handwerksunternehmer hatten bis zum 30. Juni 1990 den Kauf ihrer Werkstätten oder anderer geeigneter Grundstücke beantragt. 22 haben inzwischen gekauft, weitere 15 Unternehmer hoffen auf baldige Entscheidung. Ansonsten bewegt sich nichts. Und das, obwohl diese 450 Handwerker allein über 100 Millionen DM in die Gebäude, die Grundstücke investieren und 1600 Arbeitskräfte zusätzlich einstellen, wenn sie Eigentümer würden.

Es ist besonders alarmierend, daß von diesen 450 Handwerkern fast 50% glauben, ihre Betriebe aufgeben zu müssen, wenn es nicht gelingt, Eigentum zu erwerben.

Im Eigentumsbereich besteht höchster Handlungsbedarf. Die Blockade des Grundstücksverkehrs gefährdet die Existenz der bestehenden Handwerksunternehmen und die Gründung neuer Betriebe und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Notwendige Investitionen unterbleiben, ein wichtiges Kreditsicherungsmittel fällt aus.

Hiermit wird leider unsere bereits im Gesetzgebungsverfahren geäußerte Befürchtung bestätigt, daß die mit dem Hemmnissebeseitigungsgesetz geschaffenen Investitionsvorfahrtsregelungen nicht ausreichen. Die Regelungen sind zu kompliziert, so daß die ohnehin überforderten Verwaltungen in den neuen Bundesländern nur zögerlich davon Gebrauch machen. So muß die Verwaltungsbehörde prüfen, ob die Investitionen des Handwerksunternehmers sinnvoll sind. Ferner muß bei mit Rückgabeanträgen belasteten Grundstücken dem Eigentümer Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden. Es sind nur Beispiele, die aber bereits den Zeitaufwand verdeutlichen, den selbst die Investitionsvorfahrtsregelung beansprucht.

Wir fordern daher weitergehende Beschleunigungsmaßnahmen. Ohne eine neuerliche Gesetzesnovellierung werden wir hier nicht weiterkommen. Der Grundsatz, Entschädigung vor Rückgabe, muß verstärkt werden.

Auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sind Entscheidungen zu treffen, die es dem Wirtschaftsbereich Handwerk ermöglichen, weiterhin erfolgreich seinen Beitrag zum Wiederaufbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern zu leisten. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und der sogenannten „Beschäftigungsgesellschaften“, die besser Arbeitsförderungsgesellschaften genannt werden sollten.

Das Handwerk weiß, daß die Umstrukturierung der Wirtschaft, die vor allem im industriellen Bereich unvermeidliche Arbeitslosigkeit, den Einsatz aller nur denkbaren Mittel und „Instrumente“ notwendig macht. Nur müssen wir uns hüten – und genau davor warnt das Handwerk mit allem Nachdruck, anstelle der alten Kommandowirtschaft eine neue Planwirtschaft zu installieren – nur mit neuem Etikett.

Zu welchen Auswüchsen es dabei kommt, wird an den ausufernden Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen deutlich. Da werden dringend notwendige Erhaltungsarbeiten an Gebäuden für ganze Stadtgebiete nur über ABM realisiert. Da gibt es „Empfehlungen“ von Kommunen an Handwerksbetriebe, doch bitteschön die Arbeitskräfte zu entlas-

sen, AB-Maßnahmen zu übernehmen und die Entlassenen alsdann als AB-Kräfte wieder einzustellen.

Die munter sprudelnden Milliarden für AB-Maßnahmen haben für manche Kommunen offensichtlich einen außerordentlich verführerischen Reiz, Aufträge nicht mehr regulär zu vergeben, sondern „kostengünstig“ über AB-Maßnahmen abzuwickeln.

Wenn in den Betrieben dann aber für die Stammbesetzung keine Arbeit mehr vorhanden ist und Null-Kurzarbeit notwendig wird, ergibt sich nicht nur ein beschäftigungspolitisches Nullsummenspiel, sondern zusätzlich eine Gefährdung qualifizierter Unternehmen mit ebenso qualifizierten Arbeitsplätzen. Und das kann doch nicht der Sinn von Arbeitsbeschaffung sein.

So jedenfalls ist der Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern nicht in den Griff zu bekommen!

Weder subventionierte Arbeitslosigkeit in den Betrieben – die alle Privatisierungsbemühungen der Treuhand nachhaltig bremsen muß – noch ausufernde Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, schon gar nicht, wenn sie auf Kosten der Existenz bestehender Betriebe gehen, werden die Probleme der Arbeitslosigkeit auf Dauer lösen. Auf die marktwirtschaftlichen Kräfte, auf soviel freies Unternehmertum wie nur möglich kommt es an.

Stichwort Treuhand:

Das Handwerk hat erreichen können, in die Arbeit der Treuhandanstalt die seit langem geforderte Mittelstandskomponente einzubringen. Damit haben Privatisierungen zugunsten mittelständischer Betriebe Vorrang vor Sanierungen. Das kann – siehe Beispiel Chemnitz – nicht hoch genug veranschlagt werden. Der Privatisierung dient auch die von ZDH und DIHT zusammen mit der Treuhandanstalt getragene Unternehmensbörse, die sich täglich bewährt.

Weiter wird die Treuhandanstalt noch stärker als bisher kleine Unternehmenseinheiten aus Großbetrieben ausgliedern und verselbständigen. Sehr häufig existieren nämlich in Großunternehmen noch Betriebsteile, die früher vielleicht selbständig waren – etwa eine handwerkliche Reparaturwerkstatt – sich aber auf jeden Fall verselbständigen lassen. Das gilt vor allem für Einheiten bis zu 20 Beschäftigten, die von der Unternehmensbörse nicht erfaßt werden.

Bei den Vertragskonditionen der Treuhandanstalt für den Verkauf von Kleinunternehmen ist eine Verbesserung der bisherigen Klauseln erreicht worden. Die Treuhandanstalt ist auch hier zu einer aktiven Mittelstandsförderung bereit. So soll bei Gleichwertigkeit eines Kaufangebotes ein mittelständischer Investor vorrangig berücksichtigt werden, auf die Nachbewertungsklausel soll verzichtet werden, das finanzielle Risiko durch ökologische Altlasten wird begrenzt. Schließlich zwingt die Treuhandanstalt Kaufinteressenten nicht mehr zu Investitions- und Arbeitsplatzgarantien.

Wir sollten die Gemeinschaftsarbeit am Aufschwung Ost auch auf anderen Gebieten praktizieren und den Aufschwung stützen.

Z.B. bei der Durchleuchtung des gesamtdeutschen Arbeitsmarktes. Wenn sich bei anhaltend hohem Fach- und Hilfskräftebedarf im Westen der Bundesrepublik nicht nur

im Handwerk, sondern auch in der Industrie der neuen Bundesländer die Hinweise mehren, nach denen in einer zunehmenden Zahl von Fällen Betriebe ihren Fach- und zum Teil auch Hilfskräftebedarf nicht mehr decken können, dann muß das *sofort* in vollem Umfang sichtbar gemacht werden.

Die zweite Repräsentativerhebung der Bundesanstalt für Arbeit über tatsächlich in der Wirtschaft vorhandene offene Stellen muß beschleunigt vorangetrieben und noch im Herbst dieses Jahres zu Ende geführt werden. Die Öffentlichkeit, die tagtäglich mit ständig steigenden Zahlen über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den neuen Bundesländern konfrontiert wird, hat einen Anspruch darauf, präzise Aussagen über die tatsächliche Beschäftigungs-Situation, und damit eben auch über offene Stellen in den Betrieben zu erhalten. Der ständigen Schwarzmalerei über die Situation im Osten Deutschlands muß durch verstärkte Information über die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt entgegengewirkt werden. Es gibt diese Erfolge.

Und die Handwerksmeister in den neuen Bundesländern – und das gilt vor allem für diejenigen, die in der Kommandowirtschaft ihre selbständige Existenz mit Zähnen und Klauen verteidigt haben – geben uns doch ein Beispiel, wie die bestehenden Schwierigkeiten gemeistert werden können: durch Initiative, Flexibilität, Wahrnehmung gebotener Chancen.

Sehr geehrte Damen und Herren, gerade vor diesem Kreis bleibt festzuhalten: Das unübersehbare Wiederaufleben des privaten Handwerks in den neuen Bundesländern als Kernstück eines neuen Mittelstandes hat erst die deutsche Handwerksordnung mit dem Großen Befähigungsnachweis möglich gemacht. Das Handwerk konnte dort seiner stabilisierenden Funktion in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft nicht zuletzt deshalb gerecht werden, weil den nicht wenigen Befürwortern einer wie auch immer gearteten absoluten Gewerbefreiheit eben nicht entsprochen wurde. Um so unverständlicher bleibt es, daß die Deregulierungskommission in ihrem – Ihnen sicherlich bestens bekannten – Gutachten den Eindruck eines Änderungsbedarfs suggeriert hat, der tatsächlich nicht vorhanden ist!

Es macht doch überhaupt keinen Sinn, mit der Meisterprüfung lediglich die Berechtigung zur Ausbildung von Lehrlingen zu verbinden. Der Große Befähigungsnachweis, die Meisterprüfung und die gleichgestellten Prüfungen werden auch in Zukunft ihre außergewöhnliche Attraktivität behalten, wenn sie zugleich das Zertifikat zur Selbständigkeit, zum Unternehmertum und damit verbunden, zum beruflichen und sozialen Aufstieg sind. Weit über 5000 Teilnehmer an den Meisterprüfungen Jahr für Jahr beweisen: Handwerkliches Unternehmertum und handwerkliche Ausbildung sind nicht voneinander zu trennen. Sie bilden eine Einheit. Jedes Auseinanderdividieren wäre nichts anderes als eine Herabsetzung der Leistungsfähigkeit des Handwerks, eine Minderung der Qualität seiner Produkte und Dienstleistungen und letztlich eine Beeinträchtigung seiner Konkurrenzfähigkeit auf den Märkten der Zukunft. Es gilt, ganz einfach die Dynamik der Handwerksordnung in vollem Umfange zu nutzen.

Die Entwicklung des Handwerks in den neuen Bundesländern jedenfalls verdeutlicht besonders eindringlich den Stellenwert des Handwerks in wirtschaftlicher, organisato-

rischer und gesellschaftlicher Hinsicht. Das bestätigt auch ein Blick über die Grenzen. In kaum einem anderen Land wird die Qualität der handwerklichen Arbeit, die vorbildliche handwerkliche Ausbildung und Selbstverwaltung in einem ähnlichen Maße erreicht wie in der Bundesrepublik Deutschland – in Ost und West.

Die große Herausforderung in den neuen Bundesländern, und ich füge gleich hinzu, bei der Unterstützung der Reformen in Mittel- und Osteuropa, haben dem Handwerk nicht den Blick für seine eigentlichen Hausaufgaben verstellt. Ziel der Handwerkspolitik bleibt es, auch in Zukunft die Leistungsfähigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der Handwerksbetriebe zu erhalten und auszubauen – im Inland wie insbesondere auf dem Europäischen Binnenmarkt.

Angesichts des Nachwuchsmangels im Westen, der sich mit Sicherheit auch auf den Osten ausdehnen wird, kommt es zum Beispiel darauf an, daß in der Frage der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung bald ein entscheidender Durchbruch erzielt wird. Die Spitzenverbände der Wirtschaft sind sich darin einig: Die duale Ausbildung muß attraktiver werden, sie darf nicht länger eine Sackgasse darstellen. Sie muß den entsprechend begabten Handwerkern ein alternativer Weg zur Fachhochschule und Hochschule sein. Nur so werden wir den künftigen Facharbeiternachwuchs sichern können.

Jedermann weiß um die sich rasch verändernden wirtschaftlichen Bedingungen, um immer schnellere Technologiesprünge und zunehmend verfeinerte Formen der Arbeitsteilung. Dies setzt leistungsfähige Unternehmen voraus, die sich nur mit immer besser qualifizierten Mitarbeitern behaupten können.

Jedermann in der Politik setzt bei der Lösung dieser Probleme nicht zuletzt auf die mittelständischen Unternehmen. Das hört sich gut an, das Handwerk wäre auch bereit, seinen Part zu leisten, doch es fühlt sich dazu zunehmend außerstande.

Kleine und mittlere Betriebe haben unter der Verschlechterung der Rahmenbedingungen besonders zu leiden. Personalzusatzkosten haben sich für beschäftigungsintensive Handwerksbetriebe längst zu Hauptkosten entwickelt, und es ist davon auszugehen, daß die Sozialabgaben, die Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge kurzfristig weiter ansteigen werden. Die Anforderungen an die öffentlichen Haushalte und die Notwendigkeit, jede Mark und auch ausländisches Kapital für den Aufbau in den neuen Bundesländern einzusetzen, haben das Geld erheblich verteuert. Das hohe Zinsniveau wirkt sich für die mit nur geringem Eigenkapital ausgestatteten kleinen und mittleren Betriebe verheerend aus. Finanzwirtschaftliche Spielräume sind nicht mehr vorhanden, die dringend erforderliche Unternehmenssteuerreform wird vor sich hergeschoben.

Weil immer mehr Menschen immer weniger arbeiten, müssen immer weniger Menschen immer mehr arbeiten, damit die großen Aufgaben überhaupt noch gemeistert werden können. Zu dieser Minderheitsgruppe zählen sicherlich nicht zuletzt selbständige Handwerksunternehmer und ihre mitarbeitenden Angehörigen. Es ist deshalb überfällig, daß die Politik diese „Minderheit“ wieder stärker berücksichtigt, denn sie verkörpert die Leistungsfähigkeit unseres Systems wie kaum eine andere Gruppierung.

Doch stattdessen wird weiter draufgesattelt, wie die geplante Mehrwertsteuer-Erhö-

hung mit all den absehbaren Folgen für die Lohn-Preis-Spirale und nicht zu vergessen, die Förderung der ohnehin ständig wachsenden Schwarzarbeit beweist.

Dabei ist es doch eine Binsenweisheit: Jede Erhöhung der Personalzusatzkosten schränkt die Wettbewerbsfähigkeit der besonders arbeits- und lohnintensiven Klein- und Mittelbetriebe ein, behindert ihre Chancen am Markt und gefährdet Arbeitsplätze – von der notwendigen Schaffung neuer Arbeitsplätze ganz zu schweigen.

Es käme der Erhebung einer „Arbeitssteuer“ gleich, wenn die Betriebe jetzt auch noch über die Arbeitgeber-Beteiligung an einer Pflegesozialversicherung bei dieser eindeutig gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zur Kasse gebeten würden.

Ich betone: gesamtgesellschaftliche Aufgabe; denn mit den Spitzenverbänden der Deutschen Wirtschaft stimmt das Handwerk darin überein, daß die Pflegeabsicherung gesetzlich neu geordnet werden muß.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das jüngste Geschehen in der Sowjetunion, unter dessen Eindruck wir alle noch stehen, hat eines besonders deutlich gemacht: Der Zusammenbruch der kommunistischen Systeme hat seine Ursache auch in der desolaten wirtschaftlichen Situation dieser Länder, denen vor allem eines fehlt: ein breiter, leistungsfähiger, kreativer, selbständiger Mittelstand. Eine Politik gegen oder zu Lasten des Mittelstandes ist zum Scheitern verurteilt. Das heißt: Mehr denn je brauchen wir in Deutschland und in Europa vernünftige mittelstandspolitische Rahmenbedingungen, eine Politik der Mitte und keine Politik gegen die Mitte!